

Vorgelegt von: FD 4.5 Umwelt	Beteiligt: GSB, FBL 7.1/FDL 0.4, 8, 8.3, 4.2, 7.3,	Datum 15.02.2008	Drucksache-Nr. 7/2008/27/4.5
Gremium: Rat			Sitzungstermin: 27.02.2008
Gremium: Haupt- und Finanzausschuss			Sitzungstermin: 20.02.2008

Betreff:

Klimawandel begegnen - Die Chancen nutzen

Inhalt der Mitteilung:

A. Dem Klimawandel begegnen – Die Chancen nutzen

Eine Antwort auf den Klimawandel zu finden, ist eine zentrale Herausforderung für das Handeln auf allen Ebenen (Global, europäisch, national sowie regional/lokal) und für alle Akteure (Staat, Wirtschaft, Gesellschaft). Es geht darum, die Treibhausgasemissionen zu senken und erneuerbare, nachhaltige Energien zu entwickeln. Diese Aufgabe hat auch die Stadt Arnsberg.

Die zukünftigen Maßnahmen der Stadt Arnsberg müssen sich dabei an den zentralen europäischen Schlüsselzielen orientieren, die gegenwärtig für Deutschland konkretisiert werden:

- eine Senkung der Treibhausgase in der EU um mindestens 20% bis 2020 – oder sogar um 30%, sofern ein internationales Abkommen zustande kommt, indem sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Reduzierungen bereit erklären und sich zur Anwendung entsprechend wirtschaftlich weiter fortgeschrittener Entwicklungen und Fähigkeiten in angemessenen Beiträgen verpflichten, und
- ein verbindliches Ziel in Höhe von 20% für den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch der EU bis 2020.

Diese europäischen Ziele „20 und 20 bis 2020“ werden durch ein Unterziel der EU präzisiert. Danach muss es, den Energieverbrauch bis 2020 um 20% zu senken. Ein niedriger Energieverbrauch ist eines der wichtigsten Mittel zur Verwirklichung der CO₂-Emissionsziele. Das Stichwort lautet: Energieeffizienz.

Am 23.01.2008 hat dazu die EU-Kommission ein kohärentes und umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt.

Die EU-Kommission benennt in diesem Zusammenhang auch die Chancen des Paktes „Klima“ und formuliert:

1. Die Öl- und Gaseinfuhren dürften 2020 um etwa 50 Mrd. EUR zurückgehen, was die Energiesicherheit erhöhen und Menschen und Unternehmen in der gesamten EU zugute kommen wird. Würde das heutige Ölpreinsniveau je Barrel zur Regel, würden die Einsparungen durch eine Senkung der Einfuhren noch höher ausfallen.

2. Mit Technologien für erneuerbare Energien wird bereits ein Umsatz von 20 Mrd. EUR erwirtschaftet, und der Wirtschaftszweig zählt 300 000 Arbeitsplätze. Bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 20% dürfte die Branche bis 2020 fast eine Million Arbeitsplätze aufweisen – oder sogar noch mehr, wenn Europa seine Möglichkeiten voll ausschöpft, aus diesem Gebiet weltweit führend zu werden. Es handelt sich zudem um einen arbeitsintensiven Wirtschaftszweig mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen, so dass sämtliche Teile Europas von dieser Beschäftigung und der einhergehenden Entwicklung profitieren. Das gleiche gilt für energieeffiziente Gebäude und Produkte.
3. Indem alle Unternehmen zur Nutzung kohlenstoffarmer Technologie ermutigt werden, kann der Klimawandel in eine Chance für die europäische Industrie verwandelt werden. Insgesamt gibt es in der Öko-Industrie in Europa bereits 3,4 Millionen Arbeitsplätze. Dort ist das Wachstumspotential besonders stark ausgeprägt. Grüne Technologien sind nicht das Monopol irgend eines Teils Europas. Sie nehmen einen immer größeren Platz in einer Branche ein, deren jährlicher Umsatz inzwischen 227 Mrd. EUR ausmacht, und die Vorteile liegen auf Seiten derjenigen, die zuerst auf diesem Markt Fuß fassen. (Mitteilung der EU-Kommission „ 20 und 20 bis 2020“ vom 23.01.2003)

Die Verwaltung kann bei einem lokalen Maßnahmenkonzept bis 2020 auf folgende Aktivitäten aufbauen, die sich aus dem CO₂-Minderungskonzept von 1999 ergeben.

B. Bisherige Maßnahmen der Stadt Arnsberg

I. CO₂-Minderungskonzept 1999

1999 hat die Stadt Arnsberg ein CO₂-Minderungskonzept auf den Weg gebracht, mit dem Ziel bis 2005 ca. 20% der CO₂-Emissionen in Arnsberg einzusparen. Dabei wurden im Vorfeld die klimarelevanten Emissionen Arnsbergs ermittelt.

Im Ergebnis wurde für das Basisjahr 1990 festgestellt, dass

- ca. 47 % der Emissionen im Energiebereich Haushalte/Kleinverbraucher,
- ca. 48 % Industrie/Gewerbe und
- ca. 5 % in öffentlichen Einrichtungen entstehen.
- Die Gesamtemissionen aus diesen Bereichen lagen bei rund 500.000 t CO₂ pro Jahr.

Der Verkehrsbereich wurde nicht erfasst, da hierfür keine Daten vorlagen. Ebenso konnte der Ölverbrauch nur abgeschätzt werden.

Von 1990 bis 1999 hat es einen Anstieg der CO₂-Emissionen im Bereich Gewerbe und private Haushalte von 10 – 18 % gegeben. Lediglich die öffentlichen Gebäude wiesen eine Einsparung von ca. 18 % auf.

Zur Reduktion der Emissionen wurden von der Verwaltung in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien entsprechende Potenziale ermittelt und Maßnahmen ergriffen.

- Energieberatung durch die Verbraucherberatung (u.a. Thermographieaktionen, Gebäudgutachten für private Haushalte)
- Initiierung von neuen Förderprogrammen (Auslauf bisheriger Programme Ende der 90er Jahre)
- Erstellung von Energiepässen für Altbauten
- Schulung von technischen Mitarbeitern
- Einwirkung auf die Energieversorger, den Klimaschutz als Unternehmensziel zu definieren
- Weiterführung und Optimierung eines Energie-Controllings für die kommunalen Gebäude

- Prüfung und Einsatz von innovativen Techniken (Holzhackschnitzel, BHKW u.a.) in größeren kommunalen Einrichtungen
- Verbesserung der Energieeffizienz durch konkrete Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden (Wärmedämmung, energieeffiziente Heizungsanlagen, Nutzung regenerativer Energien)
- Schrittweise Umrüstung des vorhandenen Fuhrparks auf schadstoffarme Fahrzeuge
- Einflussnahme der energetischen Versorgung von Baugebieten durch Bauleitplanung und Informations- und Aufklärungsarbeit

II. Maßnahmen im Bereich des städtischen Gebäudebestandes

Für den städtischen Gebäudebestand können die bisherigen Maßnahmen wie folgt dargestellt werden.

1. Controlling städtischer Gebäudebestand

Das Energie-Controlling konnte im Hinblick auf die Ermittlung von Verbrauchsabweichungen deutlich verbessert werden. Kernkennzahlen lassen heute als Frühwarnsystem kurzfristig eine energetische Grundaussage zu den größten kommunalen Objekten im bundesweiten Vergleich mit ähnlichen Gebäuden zu.

Unkalkulierte Verluste aber auch verändertes Nutzerverhalten lassen sich so frühzeitig erkennen und erlauben ein kurzfristiges Einleiten von Gegenmaßnahmen.

Auszug aus dem Verbrauchskennwertevergleich der ages GmbH -Gesellschaft für Energieplanung und Systemanalyse m. b. h. - mit Sitz in Münster (kWh/p.a bezogen auf die beheizte Fläche)

Name des Objekts	Bezugsjahr der Verbrauchsdaten	Strom			Gas		
		IST	Arithm. Mittel	Zielwert (Neubau)	IST	Arithm. Mittel	Zielwert (Neubau)
Grundschulen							
GS Bodelschwingschule	2005	12	13	5	217	170	99
GS Ruhrschule	2005	6	13	5	106	170	99
GS Birkenpfadschule	2005	7	13	5	116	170	99
GS Oeventrop	2005	9	13	5	126	170	99
GS Moosfelde	2005	9	13	5	133	170	99
GS St.-Michael-Schule	2005	7	13	5	92	170	99
GS Müschede	2005	5	13	5	136	170	99
GS Lürwaldschule	2005	6	13	5	144	170	99
GS Wannetalschule	2005	9	13	5	338	170	99
Hauptschulen							
HS Oeventrop	2005	7	14	8	153	163	94
HS Binnerfeld	2005	17	14	8	194	163	94
HS St.-Petri	2005	6	14	8	118	163	94
Realschulen							
RS Arnsberg	2005	10	14	7	152	148	84

Zur weiteren auch energetischen Betrachtung der kommunalen Gebäude wird aktuell ein einheitliches softwaregestütztes Gebäudemanagement-System aufgebaut, dass neben den Basisdaten zum Gebäude selbst (Baujahr, Bauart, Flächen, Sanierungsbedarf u.ä.) auch eine komplexe Aussage zu Verbrauchswerten und Verbrauchsentwicklungen vorsieht.

2. Intracting, energetische Sanierung

Durch weitere Verbesserung der Energiesituation in öffentlichen Gebäuden sind in der Zeit zwischen 1999 und 2005 ca. 15 % weniger CO₂ freigesetzt worden.

Beispielhaft werden nachstehende Energieentwicklungen bezogen auf das Jahr 1999 zu 2005 einzelner Objekte aufgeführt:

Bezeichnung	Gas	Strom
Grundschule Müggenberg/Rusch	- 25 %	- 10 %
Grundschule Müschede	- 25 %	+/- 0 %
Grundschule Voßwinkel	- 25 %	- 35 %
Gymnasium Laurentianum	- 14 %	+/- 0 %
Realschule Hüsten	+/- 0 %	- 25 %
Sporthalle Große Wiese	- 33 %	- 5 %

Auch nach 2005 sind weitere Maßnahmen umgesetzt worden.

Im Rahmen des Schulbausanierungsprogramms wurden energetisch wirksame Projekte zwischen 2005 und 2007 realisiert.

Neben der Erneuerung der Heizungs- und Lüftungsanlagen wurden an den verschiedenen Gebäudekomplexen die Fassaden mit Wärmeverbundsystemen, die Dachsanierungen incl. Dämmung sowie die Beleuchtungsanlagen und Fensterelemente schwerpunktmäßig den heutigen Anforderungen angepasst. Rund 6,9 Millionen Euro wurden in Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Energieverbrauch investiert.

Die realen Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen auf den Energieverbrauch und somit auch auf die Minderung der CO₂-Belastungen, lassen sich erst nach Ablauf eines „normalen“ Betriebsjahres darstellen. Dies erfolgt durch Energieerfassung und Bewertung im Rahmen ermittelter Benchmarkwerte.

3. Regenerative Energien

Durch die Neuausrichtung der Bäderlandschaft im Stadtgebiet, insbesondere durch den Neubau des Freizeitbades und die konsequente Schließung der großen überalteten Hallenbäder konnten energetisch sinnvolle Maßnahmen umgesetzt werden, deren Spitze sich in der Nutzung der Tiefengeothermie für das NASS wieder findet. Hier können rd. 70 % des benötigten Wärmebedarfs künftig durch CO₂ neutrale Erdwärmegewinnung gedeckt werden. **800 t CO₂ Einsparung pro Jahr** können hierdurch realisiert werden.

Möglicherweise ist die Nutzung dieser Tiefengeothermie auch für große umliegende kommunale Gebäude wie der Realschule Hüsten oder der Sporthalle Große Wiese nutzbar. Eine Aussage kann jedoch erst nach Ablauf der Pumpversuche in der zweiten Jahreshälfte 2008 getroffen werden.

Die öffentlich viel beachtete Tiefengeothermiebohrung der Stadt hatte Vorbildcharakter. Parallel haben Privathaushalte und private Unternehmen unterschiedliche Bohrungen zur Nutzung der Geothermie durchgeführt. Bislang konnte dadurch eine zusätzliche Einsparung von ebenfalls **800 t CO₂** erzielt werden.

4. Räumliche und technische Gebäudekonzentration

Energieeinsparungen und somit auch CO₂ -Reduktionen wurden durch Verringerung und Zusammenführung der Organisationseinheiten erreicht. Beheizte Büroflächen aber auch Flächen im Bereich der Manuellen Dienste konnten somit z.T. aufgegeben werden oder wurden durch Ersatzbauten (z.B. Stadtwerke) mit neuester Technik ersetzt.

Durch die Bildung von Schulschwimmbädern am Standort Herdringen, Sauerstraße und Voßwinkel konnte eine CO₂ -Entlastung in Höhe von rd. 250 t pro Jahr erreicht werden.

5. Stadtplanung

Daneben sind im Rahmen der Bauleitplanung im B-Plan Bergheimer Heide Wärmedämmstandards (K-Werte) vorgesehen worden. Darüber hinaus ist ein Solarprojekt in Alt-Arnsberg durchgeführt worden, welches zum Teil nur sehr schleppend nachgefragt wurde.

6. Im Verkehrsbereich wurden viele Projekte wie:

- Einführung Stadtbus,
- ÖPNV-Beschleunigung,
- Einführung Kreisverkehre (Möhnestrasse, Graf-Gottfried-Strasse, Böhmerstrasse, Teutenburg),
- Optimierung der Ampelschaltungen
- sowie zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs (Radweg Uentrop-Rumbeck)

realisiert.

III. Klimabilanz 1999 - 2005

Die Klimabilanz 1999 - 2005 konnte bisher nicht aufgestellt werden, da die erforderlichen Daten von den Energieversorgern für diesen Zeitraum nicht geliefert werden konnten. Begründet wurde dies mit Systemumstellungen und der Liberalisierung des Energiemarktes. Derzeit zeichnet sich jedoch eine Lösung ab, wenn auch die Daten nicht in das Konzept des ursprünglichen CO₂ - Minderungskonzeptes passen. Die neue Darstellung soll dann auch in zukünftige Berichterstattungen einfließen.

Die neue Berichterstattung soll das alte CO₂-Minderungskonzept ablösen und sich in das europäische und nationale Konzept einfügen, um auch vergleichbare Ergebnisse messen und dokumentieren zu können.

Die weitere Vorgehensweise wird im „Gesprächskreis Energie“ durch Vertreter der Fraktionen vorberaten.

C. 14-Punkte-Programm - Maßnahmen bis 2010

Unabhängig von dem EU-Klimapaket und seinen Auswirkungen verfolgt die Verwaltung ein 14-Punkte-Programm, das die wichtigsten Schwerpunktbereiche der städtischen Klimaschutzpolitik bis 2010 beinhaltet. Es handelt sich um Maßnahmen, die hohe Priorität haben, weil sie quantitativ einen erheblichen Beitrag leisten können, oder weil Kosten und Nutzen in einem besonders günstigen Verhältnis stehen. Im Einzelnen umfasst dies folgende Vorhaben:

Kommunaler Gebäudebestand

1. Controlling

Fortführung des softwaregestützten Gebäudemanagement-Systems mit dem Ziel, bis 2010 alle kommunalen Gebäude erfassen und auswerten zu können.

2. Intracting, energetische Sanierung

Klimapolitisch, wirtschaftlich und technisch notwendige Sanierungsmaßnahmen werden flächendeckend durch die Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen Energieausweise dar-

gestellt. Aus diesen weiteren Erkenntnissen werden, unter Beachtung der realisierbaren Refinanzierung, Maßnahmen nach Priorität umgesetzt.

Die derzeitigen Überlegungen zum Haushaltsplanentwurf 2008 und die Maßnahmenplanung für die Folgejahr sehen u.a. folgende Investitionen vor (Hier können sich wegen der vorgegebenen Begrenzung des Kreditbedarfs noch Änderungen ergeben):

Verwaltungsgebäude / Feuerwehrgerätehäuser rd. 190.000 €

- Erneuerung der Heizanlage
Schw.-Aicharda-Str., Feuerwehr Breitenbruch, Feuerwehr Oeventrop
- Erneuerung der Fensterelemente
Schw.-Aicharda-Str. , Kirchstraße, Feuerwehr Niedereimer, Feuerwehr Neheim, Feuerwehr Müschede

Grundschulen rd. 385.000 €

- Erneuerung der Heizanlage
Norbertusschule, Karl-Wagenfeld-Schule, Ruhrschule (Turnhalle)
- Erneuerung der Fensterelemente
Oeventrop, Müggenberg-Rusch (Turnhalle),
- Wärmeschutzmaßnahmen Dach und/oder Fassade
Herdringen (Turnhalle), Müschede (Turnhalle)

Hauptschulen rd. 180.000 €

- Erneuerung der Heizanlage Grimmeschule (Villa),
- Erneuerung der Fensterelemente Theodor-Heuss (Sporthalle), St. Petri
- Wärmeschutzmaßnahmen Dach und/oder Fassade St. Petri
- Erneuerung der Beleuchtung Grimmeschule (Turnhalle)

Gymnasien / Realschulen / Förderschulen rd. 680.000 €

- Erneuerung der Heizanlage Franz-Stock-Gymnasium
- Erneuerung der Fensterelemente Franz-Stock-Gymnasium, Fröbelschule
- Wärmeschutzmaßnahmen Dach und/oder Fassade Franz-Stock-Gymnasium, Laurentianum
- Erneuerung der Beleuchtung Franz-Stock-Gymnasium, Laurentianum

3. Lernende Organisation

Schulung der für den Betrieb der Energieversorgungsanlagen Verantwortlichen hinsichtlich Betriebsoptimierung der Anlagen.

4. Weitere räumliche und technische Verwaltungskonzentration

Energieeinsparungen bzw. CO₂-Reduktionen (Energiestandards, Wege etc.) durch weitere räumliche und technische Verwaltungskonzentration. z. B. Aufgabe der Verwaltungsstellen Kurt-Schumacher-Straße

5. Nutzung regenerativer Energien und Fernwärme

Die Verwaltung wird vermehrt alternative Maßnahmen (u.a. Solar, Geothermie, Holzhackschnitzel) zur konventionellen Energieverwendung prüfen. Dabei werden größere Maßnahmen auch im Hinblick auf die Möglichkeiten von Pilotanlagen (z.B. Wasserstoffanlagen, Biogasanlagen u.ä.) geprüft.

Alternativ zur konventionellen Belieferung mit Gas / Strom werden künftig auch Produkte aus regenerativer Erzeugung abgefragt.

Bauleitplanung

6. Städtebauliche Instrumente

Bei der Neuplanung von Baugebieten hat die Stadtplanung mit der Bauleitplanung und der Umweltverträglichkeitsprüfung folgende Einflussmöglichkeiten:

- Durch die Festlegung der Stellung der Baukörper kann eine optimale Orientierung zur Sonne erfolgen
- Die Ausrichtung der Dächer und die Festlegung der Dachform begünstigt Solaranlagen
- Bei der Anordnung der Baukörper sollte eine Verschattung vermieden werden
- Der städtebauliche Entwurf sollte neben Verschattung und Orientierung zur Sonne auch die Windrichtung berücksichtigen
- Die Bevorzugung von städtebaulicher Kompaktheit ermöglicht die Optimierung der Ver- und Entsorgungssysteme und begünstigt die Organisation von effektiven Energiekonzepten

Die Stadtplanung entwickelt auf der Grundlage gesamtstädtischer Wohnflächenanalysen und Entwicklungskonzeptionen eine Bevorzugung integrierter Standorte und Lagen. Zentrales Handlungsfeld im Rahmen des Klimaschutzes ist die Entwicklung und Unterstützung von innovativen Wohnformen (Holzbauweise, Passivhäuser) und innovativer Konzepte in der Altbausanierung.

In diesem Rahmen ist die Bildung von Netzwerken, z.B. Wald und Holz, eine Zusammenarbeit mit der Energieberatung der Verbraucherzentrale von besonderer Bedeutung.

Verkehr

7. Verkehrsplanung:

Eine Förderung der nichtmotorisierten Verkehrsträger ist ein Teil der Verkehrsplanung. Die Förderung des Radverkehrs ist hier ein wichtiges Handlungsfeld (vergleiche Drucksache 7/2007/84/4 und 7/2007/158/4.2). Neben Angeboten für Radtouristen ist es notwendig, die Einzelmaßnahmen für den Alltagsverkehr nutzbar zu machen. Parallel sollen interessante Anreizsysteme zum Umsteigen vom Pkw auf das Fahrrad oder den öffentlichen Busverkehr entwickelt werden.

Die Umsetzung des stadtentwicklungspolitischen Zieles der Nutzungsmischung und eine Vermeidung der Bebauung im Außenbereich unterstützt eine Stadt der kurzen Wege, die sich auf der Grundlage eines attraktiven ÖPNV-Systems sowie qualitativ hochwertiger Fuß- und Radwege durch eine hohe Wohnqualität auszeichnet.

8. Umstellung der Straßenbeleuchtung

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Natriumdampflampen; Beginn ab 2008; Sonderinvestitionen erforderlich. Die Umstellung erfolgt im Rahmen der kontinuierlichen Unterhaltung.

9. Umstellung des städtischen Fuhrparks

Die künftige Beschaffung von Fahrzeugen wird unter Beachtung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen aufgrund des aktuellen Technologiestandards auch die Luftreinhaltung und den Klimaschutz berücksichtigen.

Private Haushalte, Wohnungswirtschaft und Gewerbe

10. Energieberatung bei der Verbraucherberatung

Frühzeitige Information von Bauwilligen und Hauseigentümern über konkrete Energieeinsparmöglichkeiten

Kommunikation

Entscheidend ist, die CO₂-Einsparpotenziale aller Akteure in der Stadt Arnsberg zu mobilisieren: Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe, Handel und Industrie, Vereine, Verbände.

Für die Glaubwürdigkeit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit ist entscheidend, dass die Stadt bei den Maßnahmen eine Vorbildfunktion wahrnimmt - wie z. B. bei der Geothermie.

11. Arnsbergs CO₂-Kompass

Verlinkung und Start eines internetgestützten Moduls der Energie Agentur NRW (Klimakompass NRW) bzw. zum „CO₂-Rechner“ des Umweltministeriums NRW (MUNLV) zur Erstellung der persönlichen CO₂-Bilanz inkl. konkreter Verhaltenstipps und Informationen zur Reduktion der eigenen CO₂-Emissionen.

12. „Nachhaltigkeit als Lebenskunst“

Vorträge in Zusammenarbeit mit der VHS und der Akademie 6 bis 99. Ziel ist es dabei, Fragen nach den kulturellen Voraussetzungen nachhaltiger Lebensstile aufzugreifen und anhand konkreter Beispiele („Umwelt konkret und vor Ort“) entsprechendes „Klimaschutzbewusstsein“ zu schaffen.

13. Projekt „Öko-Profit“

Die Verwaltung nimmt an dem Projekt „Öko-Profit“ teil.

Öko-Profit steht für Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik. Es ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommune, der örtlichen Wirtschaft und weiteren regionalen und über-regionalen Partnern.

14. Berichtswesen

Auf Grundlage des europäischen Klimapakets („20 und 20 bis 2020“) wird ein entsprechendes Berichtswesen aufgebaut, sobald die nationalen Ziele des EU-Pakets für Deutschland abgestimmt und konkretisiert sind.

Hier muss ggf. je nach notwendiger Unterstützung vom Rat ein entsprechendes Budget zur Verfügung gestellt werden.

Auswirkungen auf den laufenden Haushalt:		Ja	Nein X	HHJahr:
Auswirkungen auf Haushalte der Folgejahre:		Ja	Nein X	HHJahre:
Beginn der Maßnahme:	20.02.2008	Ende der Maßnahme:		20.02.2008
Mittelstandsverträglichkeitsprüfung nach § 5 Mittelstandsgesetz erforderlich?:		Ja	Nein	
Sichtvermerke:	Kämmerer -II-/Fachdienst 7.2.1: wfa - soweit erforderlich -	Finanzielle Auswirkungen sind im Rahmen dieser Vorlage nicht darstellbar, fließen aber über die Entscheidung von Einzelmaßnahmen in eine spätere Beratung ein.		

